

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 7

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Minorca und Hainan.

Es gibt einen nicht sehr schönen Judenwitz: „Maier, Maier, fünf Jahre betriegen Sie mich mit meiner Frau, meinen Schwiegersohn drei Jahre mit meiner Tochter . . . nun wollen Sie auch eintreten in mein Geschäft . . . Maier, Maier, treiben Sie nicht zu weit!“ Man muß an dieses Beispiel von Schafsgemüt denken, wenn man überlegt, was die gut aufeinander eingespielten Diktatormächte den sogenannten Demokratien wieder zumuteten . . . und was diese Demokratien schlucken.

Die Insel Minorca galt als jener Posten im Mittelmeer, den die Franzosen unmöglich in die Hände der Italiener fallen lassen durften, unterbindet sie doch die Wege von Algier nach Marseille und bedroht die Lebensader des französischen Kolonialreiches an ihrer empfindlichsten Stelle. Gelingt der Ausbau dieser Insel zu einem Luft- und Flottenstützpunkt, dann flankieren die italienischen U-Boote und Wasserflugzeuge von Sardinien und Minorca zweiseitig den Weg, den die afrikanischen Truppen befahren müssen, um nach Südfrankreich zu gelangen. Der französischen Generalität und Admiraltät schwant dazu, daß die Italiener über unbekannte Kampfmittel verfügen und die Flotten beider Westmächte schachmatt setzen könnten.

Dem äußern Anschein nach ist freilich Minorca nur von Einheiten Francos besetzt worden, und zwar unter Mithilfe der Engländer. Auf einem britischen Schiff wurde verhandelt, auf neutralen Schiffen flüchteten die Regierungsleute, die Repressalien befürchteten mußten, und nach Zusicherung anständiger Behandlung der Bewohner landeten 12,000 Mann und nahmen kampflos Besitz von Port Mahon, dem Schlüssel der französischen Verteidigungsposition. Man kann ja einwenden, Minorca sei von jeher spanisch gewesen, und die Bedrohung habe von jeher bestanden. Man wird hinzusehen, daß die Gefahr immer akut gewesen, sobald sich Spanien einem Gegner angeschlossen hätte. Aber die Situation ist eben so, daß Franco sich einem solchen Gegner angeschlossen hat, und daß Frankreich seinerseits hätte zugreifen und ein Pfand packen sollen, um von Franco den Rückzug der Italiener aus Spanien und der größeren Baleareninsel, Mallorca, zu erzwingen. „Das wäre der Krieg gewesen“, argumentiert England, argumentiert die französische Regierung. Leider muß man antworten, daß Francos Landung den Krieg noch wahrscheinlicher gemacht hat.

Die westliche und neutrale Presse, die sich an jede Illusion wie der Ertrinkende an einen Strohalm klammert, notiert mit unübertraglichem Eifer jedes Anzeichen einer Möglichkeit, daß der siegreiche Franco die Italiener und Deutschen betrügen werde. Und die Regierungen, die sich offenbar den gleichen Hoffnungen hingeben, beeilen sich, so rasch als möglich Franco als den alleinigen Machthaber Spaniens de facto und de jure anzuerkennen. Die Vorverhandlungen sind weit fortgeschritten; eine Militärmission Frankreichs hat sich in den Pyrenäen herumführen lassen und hat sich überzeugt, daß keine Befestigungen, keine Flughäfen und keine Artilleriebauten gegen Frankreich beständen; die fremden Truppen würden ihnen nicht gezeigt. Also hat Paris das sträfliche Vertrauen gefaßt und paktiert.

Man redet der eigenen Offenlichkeit zu, es sei so weit, daß Franco mit Paris und London im Einverständnis sei und der Hilfe für einen Neuaufbau des verwüsteten Landes dringend bedürfe. Man verschweigt, daß Mussolini ihm ganz Marokko versprochen, und daß ihn Frankreich nur um diesen Preis zurückkaufen könnte! Man deutet alles, was auf eine Angst Berlins und Roms hinweisen könnte, mit aufgepulvertem Optimismus. Italienische Flugzeuge hätten auf eigene Faust Port Mahon bombardiert, um die Verhand-

lungen zwischen Engländern und Rebellen auf der einen, den Minorca-Republikanern auf der andern Seite zu stören und nachher ihrerseits landen zu können. Die spanischen Offiziere auf dem britischen Schiff und die Kommandostelle auf Mallorca seien sehr verärgert gewesen über die „verdammten Italiener“. Als ob der Ärger nicht begreiflich wäre über die Verderber eines so feinen Spiels!

Was von den verschiedenen Hoffnungen zu halten sei, das erfuhr man durch den feierlichen Empfang des Franco-Botschafters in Berlin. Niemand weiß, was das überreichte Dokument des spanischen „Führers“ enthält, aber alle Welt munkelt davon, daß er bereits dem „Antikominternpakt“ beigetreten sei und damit verspreche, den begonnenen Kampf der Diktatormächte bis ans Ende zu unterstützen.

Und trotzdem buhlen die Franzosen und Engländer weiter um seine Gunst. Mit der Anerkennung seiner Regierung als der einzige „legalen“ wird die Republik endlich offen fallen gelassen. Die Auslieferung der übergetretenen Armee, auf welche der anerkannte Diktator zweifellos dringen wird, kann übermorgen Gegenstand von Verhandlungen werden, und nur die Widerstände der zersezten Linken dürfen verhindern, daß man auf die Organisierung dieser Armee in den französischen Reihen zum Voraus verzichtet.

Die Überraschung Negri nach Madrid und die Bekündigung des weiteren Widerstandes, die Erklärung der schwer bedrohten Stadt als neue Hauptstadt kennzeichnen die lahmen republikanischen Hoffnungen, die man in einer verzweifelten Lage immer noch auf Waffenhilfe von irgendwoher setzt. Man muß überlegen, woher die Geschlagenen ihre „Ahnungen“ haben mögen. Sicher werden sie Waffen bekommen, falls der europäische Krieg ausbricht! Nur wird Mussolini niemand den Gefallen tun, diesen Krieg zu beginnen, solange Rumpfspanien nicht auch zusammengebrochen. Und die andern beginnen ihn nicht.

Und dann? Wird es Krieg geben? Die französische Regierung manövriert sich so systematisch in die Mausefalle hinein, daß sie eines Tages erklären muß: Widerstand ist unmöglich. Die Umklammerung geschieht ja strafflos! Und England hilft den Diktatoren dabei in einer Weise, daß man sich an den Kopf greift. Würde Frankreich wohl imstande sein, halt zu gebieten, wenn beispielsweise . . . die Schweiz oder Belgien besetzt würden? Sie liegen ja, wie Katalonien und Minorca, außerhalb der Grenzen Frankreichs . . . und Frankreich verteidigt nur „jeden Fußbreit seines Bodens“ . . .

So will es sich auch im Falle der japanischen Besetzung Hainans im Golf von Tonking verhalten; es erlaubt auch hier den kommenden Kriegsgegnern, die Flugzeug- und Flottenbasis zu montieren, die ihnen bisher noch gefehlt, und darum, so sagen die eingeweihten Wissenden aus der Finanzwelt und Rüstungsindustrie, wird es keinen Krieg geben, denn Frankreich und England bereiten ihre Kapitulation mit allen Mitteln vor. Wobei freilich dieser Prozeß anders heraußäume, falls die Diktatoren die Dummheit begehen sollten, auch noch militärisch zu glänzen und . . . wirklich zu schießen!

Der Papst gestorben.

Papst Pius XI. ist gestorben. Der gütige Mann, dessen Gesinnung außer Zweifel steht, hat vor Wochen Chamberlain mit einigen Worten verraten, daß er auf Seiten der Demokratien stehe, daß er die Methoden der Diktatur, den Rassismus, die Judenverfolgungen und alle ähnlichen Taten verwerfe, und nun, da er gestorben, verbreitet die britische Presse diese Aeußerungen und erweckt im großen Publikum die Vorstellung, daß auch die „große moralische Macht der Kirche“ auf Seiten der freien Völker stehe.

Der Große Faschistenrat Italiens aber gedenkt ehrend des Verstorbenen, der den Frieden „zwischen Vatikan und Quirinal“ zustande gebracht, der im „Lateranvertrag“ die „faschistische und katholische Einheit des italienischen Volkes“ mitbeseigeln geholfen!

Auf welcher Seite steht die Kirche? Man tut oft sehr geheimnisvoll und munkelt, noch viel sicherer, vorsichtiger, zielbewußter, langfristiger und weiser als die Politik der britischen Lorde sei die der geistlichen Fürsten und ihres Vaters in Rom. In den vergangenen Jahren mehren sich jene, die den Kopf schütteln, genau wie sie an der Weisheit der Greise in London zu zweifeln beginnen. Und oft genug wird behauptet, in beiden Fällen verberge sich hinter der zuschauenden Weisheit etwas anderes, und wir würden erschrecken, wenn wir die Verderblichkeit einer unzeitgemäßen rechnenden Klugheit begriffen, die alles kann, nur nicht handeln!

Nun, die Geschichte wird urteilen. Heute küssten die Gläubigen die Füße des toten Papstes, die durch das Gitter der Sakramentskapelle hinausragen, und im „Konklave“ ringen die Kardeinale um die Wahl des Italieners, der Pius XI. nachfolgen soll.

Inzwischen gärt die Welt: In Belgien, diesem treu katholischen Lande, gewinnen die Faschisten gerade im noch katholischern Flämischen neuen Zuzug, weil die Wallonen den Ministerpräsidenten Spaak stürzten, den Sozialisten, der den ehemaligen flämischen Landesverräter Dr. Martens, der zum Tod verurteilt gewesen, wissenschaftlich ehren wollte . . . Nationalismus und Faschismus drohen . . . was wird der neue Papst tun?

Wohin mit dem Kapital?

Die Schweiz gehört mit Holland zu den Ländern, die alljährlich überschüssiges Kapital ausführen und irgendwo auf der Welt zinstragend anlegen. Auf dem Anleihemarkt wanderten im letzten Jahr 65 Millionen weg; was durch den Ankauf deutscher, amerikanischer, französischer oder wer weiß welcher Börsenpapiere über die Grenze oder gar übers Meer gegangen, entzieht sich einer genaueren Kontrolle; mag aber ein Mehrfaches der genannten Summe betragen. Frage: Ist das gut?

Das Wirtschaftssystem, unter welchem wir leben, schafft eben das Problem der richtigen Investierung, ob wir wollen oder nicht. Und wenn es sich zeigt, oder wenn es den Anschein macht, es gebe im Inland keine richtigen Anlagemöglichkeiten mehr, oder doch ungennügende, dann kennen wir bis heute nur den Ausweg des Exports. Und die Fachleute sagen, es gebe nur diesen Ausweg.

Ja, es werden Wege betreten, die sogar verhindern, in gewisse Wirtschaftszweige des Inlands mehr Kapital hineinzusteken. Die „Landwirtschaftlichen Entwicklungspläne“, über welche die Berufenen beraten, sehen direkt eine Verhinderung weiterer Verschuldung vor, d. h. aber nichts anderes als die Sperrung dieser Branche unserer Volkswirtschaft für die Anlage neuer Spargelder. Alles mit der Begründung, die Schulden der Bauernschaft hätten sich innerst 70 Jahren vervierfacht, 20.000 von 200.000 Betrieben seien in unhalbarer Weise überlastet.

Wenn nach der Landwirtschaft andere Sektoren als „nicht mehr kapital aufnahmefähig“ erklärt werden, was geschieht, wenn dennoch überschüssige Spargelder nach Anlage suchen? Die Sverre besteht ja schon bei den Bahnen, bei den kantonalen und eidgenössischen Staatsbuchhaltungen grundsätzlich, und was an Wehr- und Arbeitsbeschaffungsgeldern gepumpt wird, betrachtet man als „notgezwungen“, nicht als eigener Vernunft entstehend!

In letzter Zeit ist die Rede von einer möglichen deutscher Anleihe. Der „Frauenbund gegen Krieg und Faschismus“ warnt davor und erinnert an die 3 Milliarden festgefahrenen

Schweizergeldes. Und beschwört Behörden, Banken und öffentliche Meinung, nicht die Rüstungen des Dritten Reiches bezahlen zu helfen. Man kann diese Warnung beherzigen. Immerhin muß man überlegen, ob nicht andere Gründe noch mehr ein gleiches Verhalten ratsam erscheinen lassen. Deutschland stellt selber fest, daß seine Handelsbilanz passiv geworden. Daß sie nicht wie die unsrige durch eine gute „Zahlungsbilanz“ ausgeglichen wird, wissen wir auch. Eine halbe Milliarde Importüberschüsse, ohne Kapital- und Zinsguthaben, die das wettmachen würden, läßt wirklich überlegen, ob und in welcher Form wir neue Missionen in das große Geschäft draußen stecken sollen.

Bundesrat Motta hat festgestellt, daß Hitler in seiner letzten Rede die Schweiz an erster Stelle unter den befriedeten Staaten genannt habe. Vielleicht spielt die volkswirtschaftliche Überlegung in solchem Lob auch eine Rolle. Wir kaufen dem Reich immer noch mehr ab, als wir liefern, und wir müssen vielleicht auch, was bekanntlich die westlichen Mächte nicht mehr tun!

Ständerat und Arbeitsbeschaffung.

Wenn man uns fragt, was wir meinen, wenn wir behaupten, man sollte mehr pressieren und die Gesetzgebungsmaßchine gehörig ölen, dann denken wir an Dinge wie die Art der Behandlung wirklich dringlicher Vorlagen; zuerst Kommissionsitzungen, eine, zwei, mehrere, dann Behandlung im Nationalrat, dann im Ständerat, dann unter Umständen Rückweisung an den Nationalrat, ein Hin- und Herschieben, und endlich die Klippe der Volksbefragung!

Die erste Sitzung der Ständeratskommission, an welcher über die Arbeitsbeschaffungsfragen verhandelt wurde, verlief typisch. Es wurde referiert, aber Beschlüsse sind erst von einer weiteren Sitzung im März, kurz vor der Parlamentstagung, zu erhoffen. Es wurden Meinungen gehört, Wünsche ausgesprochen, Situationen festgestellt. Lebhafte Neuherungen riefen die Deckungsfragen hervor, aber die Wege der Deckung sind nirgends sicher. „Ausgleichsteuer auf den Großunternehmen des Detailhandels“? Wen soll es treffen? Migros, Konsumvereine, Epa und andere Warenhäuser? Es scheint, daß man mit dieser Finanzierungsmethode den mittelständischen Kleinen einen guten Dienst erweisen möchte. Aber will man wirklich? Oder ist man in bestimmten Kreisen, die durch den Ständerat zu Worte kommen, vielleicht gerade an solchen Unternehmungen interessiert? Umgekehrt: Haben jene opponiert, die in den Konsumverbänden keine Großunternehmung in diesem Sinne sehen wollen?

Der Handels- und Industrieverein opponiert jedenfalls heftig gegen diese Ausgleichsteuer, die zu wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und unabsehbaren Folgen führen werde, und im Ständerat ist man auf diese Kritik sehr empfindsam eingestellt.

Alles, was wir vernehmen, läuft darauf hinaus, daß an der nächsten Sitzung über eine Trennung der Vorlage abgestimmt werden soll, d. h. daß Wehr- und Arbeitsbeschaffungssätze und Kredite als „nicht ganz zusammengehörig“ unterschieden werden, und dazu wird man festlegen, ob der Prägel, die Oberalpstrasse und der Kistenpass ausgebaut werden sollen oder ob am Ende die Graubündner ihren Segnespass durchbringen. Schließlich wird über den Brünig und andere Bahnlinien verhandelt werden.

Man muß zugeben, daß der Laie sich die Dinge einfacher vorstellt, als sie liegen mögen. Aber das sieht auch der Laie richtig: Der Interessenkampf ist es, der fast jeden Vorschlag an Bauern rennen läßt und oft Kompromisse erzwingt, die jegliche flotte Entwicklung verhindern. Und auch das sieht der Laie: Daß 1939 nichts so sehr nötigte als rasche Taten.

—an—